

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

James F. Brown

Osteuropa:

Der sowjetische Griff lockert sich

Uri Ra'an

Die sowjetische Taktik

in der Dritten Welt

B 49/65

8. Dezember 1965

James F. Brown war Mitglied des Forschungsstabes der Universität von Michigan und lebt zur Zeit in München. Sein Buch über Osteuropa kommt in Kürze in New York heraus.

Uri Ra'an an, Mitglied des Forschungsinstituts für Fragen des Kommunismus der Columbia-Universität, lehrt über sowjetische Außenpolitik an der School of Government der Columbia-Universität. Er ist Autor eines Buches über die diplomatische Geschichte des Mittleren Ostens und schreibt zur Zeit an einem Buch über die sowjetische Politik in den Entwicklungsländern.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänse-
markt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern ent-
gegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und
Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum
Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustel-
lung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Bei-
lage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Ver-
packungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus
Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Mei-
nungsäußerung der herausgebenden Stelle
dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung
und Urteilsbildung.

Osteuropa: Der sowjetische Griff lockert sich

Chruschtschow unterschätzte den osteuropäischen Nationalismus

Zu den vielen ungelösten Problemen, die Chruschtschow seinen Nachfolgern Breschnew und Kossygin hinterlassen hat, gehört auch die Politik in Osteuropa. Das Problem war unlösbar geworden, jedenfalls zu Bedingungen, die für die Sowjetunion annehmbar gewesen wären.

Chruschtschow hatte sich dort vor allem darum bemüht, zwischen Einheit und Vielfalt einen Ausgleich herzustellen, der die Vorherrschaft der Sowjetunion sichern, zugleich aber auch den anderen genügend Freiheit und Beweglichkeit gewähren würde, um eigene Lebensformen im Rahmen des kommunistischen Welt-systems zu entwickeln.

Durch die Ereignisse in Ungarn und Polen im Herbst 1956 wurden ihm viele der Vorstellungen und Illusionen genommen, die er bei seiner Machtübernahme noch gehegt hatte. Für einen Mann, der in der Ukraine aufgewachsen war, hatte Chruschtschow den osteuropäischen Nationalismus merkwürdig unterschätzt. Zwar war er sich der Sünden des stalinistischen Kolonialismus und der Mißstände, die behoben werden mußten, bewußt; doch unerschätzte er den Schaden, den die stalinistische Zeit den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas sowie der Sache des Kommunismus selbst in diesen Gebieten zugefügt hatte. Auch die ernste Gefahr, die seine Verdammung des Stalinismus für das neue und noch schwache sozialistische Gefüge in Osteuropa bedeuten würde, hatte er nicht vorausgesehen. Was eine in sich gefestigte Sowjetunion überstehen konnte, war für die noch in den Kinderschuhen steckenden „Volksrepubliken“ fast der Ruin. Vor allem die Ereignisse des Jahres 1956 zeigten Chruschtschow, daß der bloße Glaube an die bindende Kraft einer gemeinsamen Ideologie zur Katastrophe führen mußte. Durch seine Verhandlungen mit Tito wurde ihm klar, daß es keine einheitliche Meinung darüber gab, worin diese Ideologie

eigentlich bestand. Er begriff nicht, daß Tito es mit seinem „Revisionismus“ ebenso ernst meinte wie er mit seiner „Orthodoxie“, und sah die gefährlichen Auswirkungen nicht voraus, die dieser Revisionismus auf die herrschenden Parteien der anderen osteuropäischen Länder haben sollte.

Nach 1956 bemühte er sich, einen organisatorischen Kunstgriff zu finden, der nicht nur die zentrifugalen Kräfte in diesem Gebiet neutralisieren, sondern auch einen höheren Grad von Einheit erzeugen würde. Er verfolgte dieses Ziel zwar oft auf umständlichen Wegen und wurde häufig von dringenderen oder wichtigeren

Uri Ra'anan:

Die sowjetische Taktik
in der Dritten Welt S. 13

ren Fragen davon abgelenkt, aber er gab es nie auf, auch dann nicht, als sich gegen Ende seiner Herrschaft immer deutlicher zeigte, daß er es nie erreichen würde.

Das Kominform hatte Chruschtschow im April 1965 im wesentlichen den Jugoslawen zuliebe abgeschafft. Es war seit langem tot und erfüllte keinen nützlichen Zweck mehr. Man hätte es auch nicht bestehen lassen können, weil es zu eng mit Stalins Tyrannenherrschaft und mit seinen Fehlern verbunden war, um in der Atmosphäre der Zeit nach 1956 zu neuem Leben erweckt zu werden. Gomulka, der immer ein Gegner des Kominform gewesen war, hätte es nicht geduldet und natürlich auch Tito nicht, auf den Chruschtschow trotz der ungarischen Katastrophe immer noch Hoffnungen setzte. Chruschtschow erkannte, daß es zu früh war, auf irgendeine Form von Institutionalisierung zu drängen und entschloß sich weise, sich an das Durchführbare zu halten. In der Erklärung der zwölf herrschenden Parteien vom November 1957 wurde die Führerstellung der Sowjetunion im kommunistischen Lager anerkannt. Obwohl Tito sich weigerte,

Die beiden Beiträge dieser Ausgabe werden mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber aus der Londoner Vierteljahresschrift Survey, Oktober 1965, nachgedruckt.

sie zu unterzeichnen und Gomulka es nur sehr zögernd tat, war diese Erklärung doch eine nützliche Demonstration der Einigkeit des kommunistischen Blocks. Außerdem schuf die Konferenz vom November 1957 einen Präzedenzfall für die dann folgenden multilateralen Treffen, die zu einer Lieblingsmethode Chruschtschows bei der Behandlung der osteuropäischen Regimes werden sollten.

Der einzige wichtigere organisatorische Schritt nach der November-Erklärung war die Gründung der Zeitschrift *Probleme des Friedens*

und des Sozialismus im September 1958. Obwohl in Prag beheimatet, hatte diese „theoretische und informative Monatsschrift“ einen sowjetischen Chefredakteur und wurde zu einem sowjetischen Propagandainstrument von erheblicher Bedeutung. Die Zeitschrift diente zunächst hauptsächlich als ideologische Waffe in dem Kampf gegen den jugoslawischen Revisionismus — ein Kampf, der eine Zeitlang einen formalen Kristallisationspunkt zwischen der Sowjetunion und dem übrigen Osteuropa herstellte.

Wiederbelebung des COMECON

Die November-Erklärung, die neue Zeitschrift *Probleme des Friedens und des Sozialismus* und die Offensive gegen den Revisionismus bildeten jedoch kein genügend starkes Bollwerk gegen jene zentrifugalen Kräfte, die — trotz der scheinbaren Ruhe der späten fünfziger Jahre — nicht bezwungen worden waren. Aber Chruschtschow hatte seine Bemühungen nicht auf die politische Integration allein beschränkt. Schon 1957 waren ihm die Möglichkeiten des COMECON (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) als Mittel zu einer wirtschafts-politischen Integration subtilster und dauerhaftester Art klar geworden. Die sowjetische Presse und auch Chruschtschow selbst fingen an, den Wert einer gegenseitigen Interdependenz auf wirtschaftlichem Gebiet zu betonen. Im Mai 1958 fand in Moskau eine Zusammenkunft von Parteiführern der Mitgliedstaaten des COMECON statt, um Methoden zur Stärkung der wirtschaftlichen Koordinierung zu erörtern. Als Ergebnis dieser Konferenz erfuhr das COMECON eine bemerkenswerte Wiederbelebung; die Zahl seiner Organe wurde erheblich erhöht, Maßnahmen zur Spezialisierung nach Industriezweigen in verschiedenen Mitgliedstaaten wurden beschleunigt. Was sich Chruschtschow von dieser wirtschaftlichen Integration erhoffte, ging aus einer Rede, die er im März 1959 hielt, deutlich

hervor. Nachdem er von der künftigen kommunistischen Gesellschaft und ihren Vorteilen gesprochen hatte, fuhr er fort:

„Unter diesen Bedingungen werden die alten Vorstellungen von Staatsgrenzen verschwinden. . . . Aller Wahrscheinlichkeit nach werden nur Volksgrenzen noch eine Zeitlang bestehen bleiben, und selbst diese werden wahrscheinlich lediglich als Formalität, aus Gewohnheit weiter bestehen. Natürlich wird es an diesen Grenzen, wenn man sie überhaupt so bezeichnen kann, keine Grenzposten, keine Zollbeamten, keine Zwischenfälle mehr geben. . . . In den souveränen Ländern des sozialistischen Lagers entwickelt sich eine ausgedehnte Zusammenarbeit auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens. Was die Zukunft betrifft, wird, so scheint es mir, die weitere Entwicklung der sozialistischen Länder aller Wahrscheinlichkeit nach zur Konsolidierung des sozialistischen Wirtschaftssystems in einer einheitlich sozialistischen Welt führen.“¹⁾

Die Folgerungen lagen auf der Hand; sie betrafen die Politik genau so stark wie die Wirtschaft. Chruschtschow entwarf das Bild einer Utopie, zu der die ersten Schritte getan wurden.

Fehlschlag der Idee einer Gesamtplanung für alle COMECON-Länder

Nach dieser Anstrengung, zu irgendeiner Art von einheitlicher Kontrolle zu gelangen, geschah etwa drei Jahre lang von seiten der Sowjetunion nach außen hin nichts. Das erklärt sich wahrscheinlich aus einer Reihe zusammenwirkender Gründe. Von 1960 an konzen-

trierte sich die Aufmerksamkeit des sowjetischen Regimes — und das hieß mehr und mehr Chruschtschows persönlich — auf gewisse Pro-

¹⁾ Prawda, 27. März 1959; zitiert bei Z. K. Brzezinski, *The Soviet Bloc*, 1960, S. 401.

bleme innerhalb des Blocks, die von sehr viel größerer und unmittelbarer Bedeutung waren. Dazu gehörte die Auseinandersetzung mit China, die Annäherung an Jugoslawien und der Abfall Albaniens. Osteuropa, ein zwar wichtiger, aber niemals vorherrschender Faktor im Zeitplan der Sowjetführer, wurde von den Problemen des Blocks im ganzen überschattet. Das Jahr 1960 brachte die erste Auseinandersetzung mit China auf der „kleinen Gipfelkonferenz“ in Bukarest im Juni und das große Aufeinanderprallen der Gegensätze bei der Moskauer Konferenz der 81 Parteien im November. 1961 erreichte Albanien den „Punkt, von dem es keine Rückkehr mehr gibt“, und im Oktober des gleichen Jahres brachte der XXII. Parteitag der KPdSU die unüberbrückbare Spaltung der kommunistischen Bewegung an das Licht der Öffentlichkeit. Zu alledem kamen Chruschtschows innenpolitische Sorgen und die Aufmerksamkeit, die er seiner Politik gegenüber dem Westen widmen mußte. In den Jahren 1960 und 1961 mußte die Frage der osteuropäischen Integration in den Hintergrund treten.

Nach dem XXII. Parteitag kehrte Chruschtschow jedoch zu dieser Frage zurück. Das COMECON hatte seit der Zusammenkunft vom Mai 1958 beachtliche Fortschritte gemacht; aber das Kernproblem der zentralen Lenkung war immer noch nicht in Angriff genommen worden. Jetzt aber griff Chruschtschow, beeindruckt von den Gefahren der spalterischen Tendenzen innerhalb des Blocks und in der Erkenntnis, daß das COMECON in seiner jetzigen Form keine entscheidenden Fortschritte erzielen könne, kühn die Frage einer überstaatlichen Planungsbehörde auf. Sein erster offizieller Schritt war die Einberufung einer weiteren COMECON-Gipfelkonferenz der Parteichefs nach Moskau im Juni 1962. Bei dieser Zusammenkunft wurde eine Grundsatzerklärung angenommen, in der es unter anderem heißt: „Die Konsolidierung und Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern würde zur Förderung der von Lenin aufgezeigten objektiven Entwicklungslinie beitragen, die auf eine von dem siegreichen werktätigen Volk auf Grund eines einheitlichen Planes gelenkte künftige kommunistische Weltwirtschaft hingeht.“²⁾ Das war nicht gerade eine sehr starke Erklärung; sie wäre wahrscheinlich sehr

viel stärker ausgefallen, wenn sie nicht so viel Opposition hervorgerufen hätte. Chruschtschows Besuch in Rumänien unmittelbar nach diesem Treffen zeigte deutlich (wenigstens hinterher), woher die heftigste Opposition gekommen war.

Chruschtschows Versuch, die Rumänen zu überzeugen, schlug fehl. Er entschloß sich aber, seine Linie weiter zu verfolgen; dabei brachte er seine Vorstellungen deutlicher zum Ausdruck. In einem Aufsatz in *Probleme des Friedens und des Sozialismus* vom September 1962 schrieb er: „Heute bestehen alle Möglichkeiten ... für einen zentral gelenkten Ausgleich, der die Rolle eines Kollektivplans für die wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedstaaten spielen könnte.“ Auf einer Sitzung des Plenums des sowjetischen Zentralkomitees im November des gleichen Jahres setzte er sich offen für die Errichtung eines einzigen Planungsorgans der Mitgliedstaaten ein, dessen mit allen Vollmachten ausgestattete Vertreter „Gesamtpläne ausarbeiten und Probleme lösen sollten mit dem Ziel einer Koordinierung der wirtschaftlichen Entwicklung des sozialistischen Systems.“³⁾

Was aus Chruschtschows Plänen geworden ist und wie sie durch die geschickte rumänische Ausnutzung des chinesisch-sowjetischen Konflikts sabotiert wurden, ist oft genug geschildert worden und bedarf hier keiner Wiederholung. Es genügt zu sagen, daß Chruschtschow ein Jahr nach der Aufnahme seines Kampfes für eine supranationale Planungsbehörde gezwungen wurde, diesen Kampf abzubrechen. Eine weitere COMECON-Gipfelkonferenz im Juli 1963 schloß mit einem Kommuniqué ab, in dem nicht nur nichts von einer Zentralplanung erwähnt, sondern den Rumänen — stillschweigend — auch das Recht zugestanden wurde, ihr umfangreiches Industrieprogramm durchzuführen. Das Thema wurde öffentlich nicht wieder aufgegriffen. Es scheint jedoch eher auf die lange Bank geschoben als völlig aufgegeben worden zu sein. Die Heftigkeit, mit der die Rumänen fast ein Jahr später in ihrer April-Erklärung diese und jedwede anderen, die nationale Souveränität einschränkenden⁴⁾ Pläne einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit von sich wiesen, mag eine Folge ihrer Befürchtung gewesen sein, daß diese Idee wieder aufgegriffen werden könnte.

³⁾ TASS, 19. November 1962.

⁴⁾ Scinteia, 26. April 1964.

²⁾ Prawda, 18. Juni, 1964.

Auch ihre heftige Reaktion auf die Vorschläge des sowjetischen Geographen E. B. Walew für ein wirtschaftlich integriertes Gebiet in Südosteuropa, dem ein Teil der Ukraine und

große Teile Bulgariens und Rumäniens angehören sollten, deutete auf eine noch immer vorhandene Empfindlichkeit in diesem Punkte hin⁵⁾.

Politische Schwierigkeiten mit Osteuropa

In den zwölf Monaten vor seinem Sturz bemühte sich Chruschtschow hauptsächlich um die Organisierung einer Konferenz der kommunistischen Parteien mit dem Ziel, China aus der Weltbewegung auszuschließen. Auch diese Frage bereitete ihm in Osteuropa Schwierigkeiten. Die Starrköpfigkeit der Rumänen hinsichtlich des „Grundsatzes der Exkommunizierung“, wie es in der April-Erklärung heißt, ist bekannt. Aber es gab auch noch andere, die sich widersetzten oder die Sache verschleppten. Obwohl die Jugoslawen nicht unmittelbar betroffen waren, zögerten sie, Chruschtschow zu unterstützen. Auch Gomulka war gegen eine Wiederbelebung des Grundsatzes der „Exkommunizierung“. Zwar stimmte er einer internationalen Konferenz zu, stellte aber Bedingungen, die eine Aufschiebung auf unabsehbare Zeit bedeutet hätte. Als Chruschtschow stürzte, hatte Gomulka sich noch nicht zu dem Vorschlag der sowjetischen Partei, eine vorbereitende Konferenz der 26 Parteien im Dezember 1964 in Moskau abzuhalten, geäußert. Selbst Kadar in Ungarn, dessen enge Beziehungen und Treue zu Chruschtschow allgemein bekannt waren, stimmte einer Weltkonferenz nur zögernd zu; erst der persönliche Besuch des sowjetischen Führers hatte ihn zu einem Entschluß gelangen lassen. Nur die Ostdeutschen, die Bulgaren und die Tschechen haben Chruschtschow sofort unterstützt. Das Beispiel Rumäniens und der Einfluß der italienischen Kommunisten waren jetzt zu wichtigen Faktoren geworden, mit denen in Osteuropa gerechnet werden mußte.

Sowjetischer Autoritätsverlust

Chruschtschow wurde im Oktober 1964 gestürzt. Er hinterließ ein Vermächtnis ungelöster Probleme. Ehe ich nun schildere, wie seine Nachfolger auf diese Probleme reagierten, lohnt es sich, die Hauptgründe kurz zu erörtern, die zum Sturz führten. Sie sollten sowohl

Enttäuscht, weil es ihm nicht gelungen war, alle osteuropäischen Staaten mitzureißen, kam Chruschtschow, den auch die herrschende Uneinigkeit beunruhigte, wieder auf den Gedanken irgendeiner politischen Organisation zurück — auf den Vorschlag, den er 1957 nur zögernd vorgebracht hatte. Bei einer Sitzung des Plenums des Zentralkomitees im Februar 1964 verbreitete sich Suslow eingehend über die Notwendigkeit einer „allgemeinen proletarischen Disziplin“. Seine Rede wurde erst am 3. April in der *Prawda* veröffentlicht. Am gleichen Tage erklärte Chruschtschow während eines Aufenthalts in Ungarn: „Es wäre offensichtlich zweckmäßig, die Frage der organisatorischen Formen zur Verbesserung des ständigen Gedankenaustauschs und die Frage der Koordinierung der Außenpolitik zwischen den Mitgliedern des COMECON und den Mitgliedern des Warschauer Paktes gemeinsam zu erörtern.“⁶⁾

So wurden die Osteuropäer innerhalb von 24 Stunden von Suslow auf die Notwendigkeit größerer proletarischer Disziplin und von Chruschtschow auf ein Mittel zu ihrer Verwirklichung hingewiesen. Diese Vorschläge gefielen den Osteuropäern aber offenbar nicht. Die italienischen Kommunisten protestierten sofort, die Polen schlossen sich alsbald an⁷⁾. Selbst von stark prosowjetischen Parteien, wie der bulgarischen, der tschechoslowakischen und der ostdeutschen, kam keine positive Antwort. Togliattis Denkschrift vom September 1964, die die Errichtung neuer internationaler Organe ablehnte, entsprach den neuen Strömungen in Osteuropa sehr viel mehr.

in äußeren Faktoren als auch in der Entwicklung innerhalb der osteuropäischen Staaten selbst gesucht werden.

⁵⁾ *Viata Economica*, 12. Juni 1964.

⁶⁾ *Nepszabadsag*, 4. April 1964.

⁷⁾ *Trybuna Ludu*, 11. April 1964.

Verallgemeinerungen sind gefährlich, weil die äußeren Faktoren sich in den verschiedenen Ländern weder im gleichen Maße noch in der gleichen Weise auswirkten; auch die innerpolitische Entwicklung war im ganzen Gebiet durchaus nicht einheitlich. Man kann jedoch — ohne allzu sehr zu vereinfachen — sagen, daß der wichtigste äußere Faktor der chinesisch-sowjetische Konflikt war. Er machte es Albanien möglich, der Sowjetunion zu trotzen und sich ganz von ihr zu lösen, und ermöglichte es Rumänien, sich vorsichtig, aber entschlossen von der sowjetischen Bevormundung zu befreien. Damit gab Rumänien ein Beispiel, dem andere folgen konnten. Auch hierüber ist so viel gesagt worden, daß eine ausführliche Schilderung nicht nötig ist. Es genügt zu betonen, daß eine der wichtigsten Folgen des chinesisch-sowjetischen Konflikts ein sowjetischer Prestige- und Autoritätsverlust in ganz Osteuropa war — ein Verlust, der durch das Debakel in Kuba im Jahre 1962 noch beschleunigt wurde.

Die Entspannung zwischen Ost und West, deren Verfolgung Chruschtschow in seinen Beziehungen zu Peking so teuer zu stehen gekommen war, untergrub auch seine Herrschaft in Osteuropa. Damit wurde jene Konfrontation der Kräfte gemindert, die die allgemeine Feindseligkeit in der Welt und die Kriegsgefahr hervorgerufen hatte. Darüber hinaus spielte die beginnende positive Haltung des Westens gegenüber Osteuropa, die sich an die Spielregeln des „friedliche Koexistenz“ genannten heftigen Konkurrenzkampfs hielt, eine zwar kleine, aber bedeutsamer werdende Rolle.

Natürlich wäre keiner dieser äußeren Faktoren besonders ins Gewicht gefallen, hätten nicht

die Vorbedingungen bestanden, um sie auszunutzen. In dieser Hinsicht war die innenpolitische Entwicklung in den osteuropäischen Ländern von entscheidender Bedeutung. Es hatte stets zu Chruschtschows Politik gehört, diesen Ländern ein hohes Maß innerer Autonomie zu gewähren. Auch bevorzugte er die Regimes, die sich so eng wie möglich mit den von ihnen beherrschten Völkern identifizierten. Diese Politik wirkte sich jedoch trotz ihrer vordergründigen Vorteile gegen die Interessen der Sowjetunion aus. Auch hier unterschätzte Chruschtschow die Stärke des Nationalismus. Da der Nationalismus noch immer die stärkste Kraft in ganz Osteuropa war, mußte jedes Regime, das sich mit der Bevölkerung identifizieren wollte, ihn sich bis zu einem gewissen Grade zu eigen machen. Das taten nicht alle Regimes: die Bulgaren wollten es nicht und die Ostdeutschen konnten es nicht. Aber die anderen taten es, wenn auch in sehr verschiedenem Umfang, und diese nationalistische Haltung konnte, selbst wenn sie nicht antisowjetisch gemeint war, in Osteuropa kaum anders als antisowjetisch verstanden werden. In Rumänien zum Beispiel bildeten die antisowjetischen Schritte und Gesten einen wesentlichen Bestandteil des Nationalismus des Regimes. In Polen hingegen hatte Gomulka stets betont, daß sein Nationalismus nichts mit Antisowjetismus zu tun habe, und er hat sich immer bemüht, die alten antirussischen Gefühle des polnischen Volkes einzudämmen. Aber Gomulkas Nationalismus, obwohl inzwischen stark verwässert, hat gelegentlich zu Meinungsverschiedenheiten mit Moskau geführt, die sich unweigerlich zum Nachteil der sowjetischen Position und Autorität auswirkten.

Neues Selbstvertrauen der osteuropäischen Elite

Beinahe ebenso wichtig war das wachsende Selbstvertrauen der neuen Elite in den osteuropäischen Ländern. Ihnen war eingepflanzelt worden, daß das sowjetische Beispiel in allen Dingen nachahmenswert sei — eine These, der viele von Anfang an skeptisch gegenübergestanden hatten. Je sicherer sie im Sattel saßen und je mehr sie sich ihrer eigenen Bedeutung bewußt wurden, um so ungeduldiger wurden sie gegenüber der sowjetischen Bevormundung. Diese Ungeduld wurde durch zwei Vorgänge nur noch verstärkt: erstens durch die Enthüllungen über die stalinistischen Ex-

zesse in der Sowjetunion (später bedeutete natürlich Chruschtschows eigener Sturz einen weiteren vernichtenden Schlag für das sowjetische Prestige); zweitens durch die Öffnung des Fensters zum Westen Ende der fünfziger Jahre und dann der Tür Anfang der sechziger Jahre. Die Auswirkungen auf die Intellektuellen sind in diesem Zusammenhang nicht so wichtig wie die auf die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Kader. Ihnen wurde nun Gelegenheit gegeben, Ost und West zu vergleichen, und sie wußten, was sie mehr beeindruckte. Der Prestigeverlust, den

die Sowjetunion durch die Enthüllung ihrer eigenen inneren Schwächen erlitt, wirkte sich in Osteuropa vielleicht ebenso stark aus wie der, den sie durch die Rückschläge in der Blockpolitik sowie in der Außenpolitik erlitt.

Die Sowjetunion war nicht mehr Modell und nicht mehr anerkannter Bahnbrecher. Daß

Ostdeutschland und die Tschechoslowakei, die stets als die ergebensten Anhänger gegolten hatten, im Jahre 1964 weitreichende Programme für eine Wirtschaftsreform aufstellen konnten, ohne der Sowjetunion den Vortritt zu lassen, stellte einen höchst bedeutsamen Schritt in der Entwicklung der sowjetisch-osteuropäischen Beziehungen dar.

Folgen der Absetzung Chruschtschows

Die Absetzung Chruschtschows war ein weiterer schwerer Schlag für die sowjetische Position in Osteuropa. Sie bedeutete das Verschwinden eines Mannes, der trotz aller Fehlschläge und Fehler ohne Zweifel die überragende Gestalt der kommunistischen Politik in Europa gewesen war, eines Mannes, der kraft seiner Persönlichkeit und seines Ansehens als Bremse der zentrifugalen Kräfte gewirkt hatte. Ferner enthüllte dieser Vorgang erneut die mangelnde Stabilität und die Schwäche des Sowjetregimes; das Vertrauen zu Moskau wurde noch mehr untergraben. Und schließlich wurde Chruschtschows Absetzung in einer Art und Weise durchgeführt, die die wachsende Empfindlichkeit der osteuropäischen Regime verletzen mußte und ein auffallendes Beispiel bot für die mangelnde Rücksichtnahme der Sowjetunion auf die Gefühle ihrer Verbündeten. Denn die meisten von ihnen waren inzwischen nicht mehr Satelliten, sondern Verbündete geworden. Chruschtschows Sturz rief bei ihnen teils einen Schock, teils Zorn hervor, und ihre Reaktionen waren für Breschnew und Kossygin eine ernüchternde Einführung in die neue Wirklichkeit der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Osteuropa. Lediglich Bulgarien begrüßte die Revolution im Kreml in einer Form, die den Machthabern gefiel. Sogar Ostdeutschland — Satellitenstaat per definitionem — zeigte sich beleidigt.

Die Reaktion des tschechoslowakischen Regimes muß die neuen Machthaber besonders beeindruckt haben. Moskau hatte den Präsidenten und Ersten Parteisekretär Nowotny stets zu den zuverlässigsten osteuropäischen Führern gerechnet. Jedenfalls hielt er Chruschtschow die Treue, aber in den Jahren nach 1960 war diese Treue nicht die eines hilflosen Vasallen, denn die beiden Männer brauchten einander. Chruschtschow brauchte Nowotnys Unterstützung für seine Block- und Außenpolitik und erhielt sie. Nowotny brauchte 1963 und 1964 Chruschtschows Unterstützung in der Tschechoslowakei selbst — und auch er erhielt sie⁸⁾. Das war ein Arrangement, aus dem beide Nutzen zogen. Nun wurde es im Oktober 1964 jäh gelöst. Nowotny zeigte seinen Unwillen, indem er sich weigerte, den Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestags der Oktoberrevolution beizuwohnen, die ungefähr drei Wochen später in Moskau stattfanden. Gewiß, mit der Reise einer wichtigen Partei- und Regierungsdelegation in die Sowjetunion unter seiner Führung wurden wieder normale Beziehungen hergestellt, aber er hatte Breschnew und Kossygin gewarnt, daß mit ihm nicht zu spaßen sei. Die späteren tschechisch-sowjetischen Beziehungen deuten — ebenso wie die Entwicklung innerhalb der Tschechoslowakei selbst — auf eine zunehmende Zurückhaltung seitens des Prager Regimes.

Vorsichtige Taktik der neuen sowjetischen Führung

Von einer neuen Breschnew-Kossygin-Politik in Osteuropa zu sprechen, wäre verfrüht. Allerdings scheinen die neuen Machthaber besonderes Gewicht auf die wirtschaftlichen Bindungen zwischen der Sowjetunion und ihren Verbündeten zu legen. Das ist vernünftig, denn dies ist eine der wenigen Bereiche, in denen noch viele Gemeinsamkeiten bestehen.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit der osteuropäischen Länder von der Sowjetunion ist noch immer sehr stark. Die große Publizität, die der Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen zuteil geworden ist, sollte

⁸⁾ Siehe J. F. Brown, *Eastern Europe*, in: *Survey*, Januar 1965.

nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sowjetunion die Wirtschaft der osteuropäischen Länder noch immer beherrscht, was sich zum Beispiel darin ausdrückt, daß der Handelsverkehr mit der Sowjetunion 42% des gesamten Außenhandels sogar des rebellischen Rumäniens ausmacht. Die von den osteuropäischen Regimes mit der Sowjetunion abgeschlossenen langfristigen Verträge für die Planungsperiode 1966—70 sehen in den meisten Fällen ein starkes Anwachsen des Handelsvolumens vor. Es ist noch zu früh, von einer *Verlagerung* des Handels vom Osten nach Westen zu sprechen. Aber wenn man auch die wirtschaftliche Abhängigkeit Osteuropas nicht übersehen darf, so ist diese Abhängigkeit, wie Chruschtschow sehr wohl wußte, keine Gewähr für eine sowjetische Kontrolle und kein echter Ersatz für jene Art von Einheit, die Chruschtschow vergeblich durchzusetzen versuchte.

Im übrigen haben die neuen Sowjetführer sich anscheinend bisher damit zufrieden gegeben, Auseinandersetzungen zu vermeiden und dem

Verfall Einhalt zu tun. Ihre bisherigen Versuche, gemeinsame Beratungen abzuhalten — das Treffen auf höchster Ebene der Warschauer-Pakt-Staaten im Januar 1965 und die vorbereitende Konferenz von 19 Parteien in Moskau im März —, werden sie wohl kaum von der Möglichkeit multilateraler Zusammenkünfte überzeugt haben. Das erste Treffen endete in einer Reihe wenig sinnvoller Gemeinplätze, das zweite war eine schwere diplomatische und propagandistische Niederlage für die Sowjetunion. Um eine öffentliche Zurschaustellung der Uneinigkeit und das peinliche Eingeständnis des Fehlschlagens einer gemeinsamen Aktion zu vermeiden, wird Moskau, wie man annehmen darf, in Zukunft zwar nicht völlig auf multilaterale Treffen verzichten, sich aber mehr und mehr auf bilaterale Beratungen mit den osteuropäischen Regimes verlassen. Die sowjetischen Führer haben verständlicherweise Chruschtschows Ideen über eine neue Kominform anscheinend fallen gelassen. Jede solche Form der institutionalisierten Einheit kommt in voraussehbarer Zukunft nicht in Frage.

Mangelnde Solidarität in der Vietnam-Frage

Eine internationale Entwicklung, die unter normalen Verhältnissen zu einer eindrucksvollen Demonstration der Einigkeit hätte führen müssen, war die amerikanische Luftoffensive gegen Nordvietnam. Ebenso wie eine Atmosphäre internationaler Entspannung leicht die Uneinigkeit fördert, hätte umgekehrt die Gefährdung dieser Entspannung durch die amerikanische Aktion theoretisch dazu beitragen müssen, diese Einigkeit wiederherzustellen. Das ist jedoch bezeichnenderweise nicht geschehen. Zwar sollte dieser Punkt wegen des offensichtlichen Dilemmas, in dem sich Moskau hinsichtlich der Vietnamkrise befindet, nicht allzu stark betont werden, aber es ist dennoch auffallend, daß, obwohl ein kommunistisches Land angegriffen wurde, selbst das schwächliche sowjetische Angebot, Freiwillige nach Vietnam zu schicken, in den osteuropäischen Ländern keine einheitliche positive Reaktion hervorgerufen hat. Zwar ist in eindrucksvoller Weise eine sentimentale Solidarität mit Hanoi bekundet worden, aber nur Bulgarien und Ungarn sind dem sowjetischen Beispiel, Freiwillige anzubieten, tatsächlich gefolgt. Sollte aber die Sowjetunion die

Initiative ergreifen und eine direktere militärische Intervention vorschlagen, so wäre Rumänien sicher nicht der einzige Verbündete, der sich dagegen sträuben würde⁹⁾.

Bis jetzt liegen noch keine eindeutigen Beweise dafür vor, daß die Sowjetunion mit ihren Verbündeten im Warschauer Pakt Schwierigkeiten gehabt hat hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft oder ihrer Beteiligung an der

⁹⁾ Obwohl Rumänien die amerikanische Aktion streng verurteilt hat, sind seine eigenen Beziehungen zum Hanoi-Regime offenbar seit einiger Zeit gespannt. 1964 fand ein auffallendes Absinken des Handels zwischen den beiden Ländern statt — von 65,7 Millionen Lei im Jahre 1963 auf 8 Millionen (New York Times v. 3. Juni 1965). Im Juni 1965 besuchte eine nordvietnamesische Delegation fünf osteuropäische Hauptstädte, aber nicht Bukarest. In einem Telegramm an Ceausescu, in dem er sich für die rumänischen Grüße zu seinem 75. Geburtstag bedankte, gab Ho Chi Minh der „Hoffnung“ Ausdruck, daß die brüderlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich weiterentwickeln würden (Radio Bukarest am 8. Juni 1965), während er in den Telegrammen an alle anderen osteuropäischen Führer von seiner „Überzeugung“ in diesem Punkte sprach.

Arbeit der Paktorganisation. Alle Mitgliedstaaten sind inzwischen sämtlich mit Boden-Boden-Raketen ausgerüstet worden, und im Mai 1965 wurde eine Konferenz der Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten abgehalten.

Aber der Vorschlag einer gemeinsamen militärischen Aktion würde zu einer politischen Frage erster Ordnung werden, bei der die Sowjetunion kaum mit einer unzweideutigen und einheitlichen Reaktion rechnen könnte¹⁰⁾.

Jüngste Entwicklungen in den sowjetisch-osteuropäischen Beziehungen

In einigen Gebieten Osteuropas setzen Breschnew und Kossygin Chruschtschows Politik anscheinend fort, während sie sie in anderen fallen lassen oder modifizieren. Einer der partiellen Erfolge Chruschtschows in den letzten Jahren seiner Herrschaft war die Annäherung an Jugoslawien. Innere Schwäche und Unsicherheit hatten Tito gezwungen, seine Beziehungen zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Regimes zu verbessern. Er besuchte Chruschtschow im Juni 1964, und im folgenden September wurde bekanntgegeben, daß Jugoslawien sich in irgendeiner Form dem COMECON anschließen werde. Breschnew und Kossygin ist es offenbar gelungen, Tito davon zu überzeugen, daß seine Befürchtungen hinsichtlich der sowjetischen Politik nach Chruschtschows Sturz unberechtigt seien, denn der Besuch des jugoslawischen Führers in Moskau im Juni 1965 zeichnete sich durch große Herzlichkeit auf beiden Seiten aus. Im Falle Jugoslawiens ist also die Kontinuität gewahrt worden. Im Falle Ostdeutschlands hingegen hat eine Veränderung stattgefunden, die für Ulbricht höchst befriedigend war. Chruschtschow hat zwar nie versucht, die „DDR“ zu schwächen oder ihren Führer fallen zu lassen, aber seine Schritte im Jahre 1964 in

Richtung auf eine Annäherung an Bonn haben in Pankow sicherlich Bestürzung hervorgerufen. Seine Nachfolger haben diese Maßnahmen aufgegeben; sie sind offenbar bemüht Ulbricht zu beruhigen und haben auch darauf gedrängt, daß die wachsenden Handelsbeziehungen zwischen den osteuropäischen Staaten und der Bundesrepublik nicht auf Kosten Ostdeutschlands gehen sollten¹¹⁾. Es hat jedoch in jüngster Zeit Anzeichen dafür gegeben, daß Moskau sich wieder für bessere Beziehungen zu Bonn interessiert; nun muß abgewartet werden, wie Pankow darauf reagiert.

Im Falle Albanien haben die neuen Führer anscheinend vergeblich versucht, die Beziehungen zu verbessern. Radio Moskaus Sendungen nach Albanien sind im Ton viel maßvoller gewesen als meistens unter Chruschtschow, und die Sowjetunion erklärte sich — wahrscheinlich auf Vorschlag Polens — damit einverstanden, Albanien zu einer Zusammenkunft der Warschauer Pakt-Staaten im Januar 1965 einzuladen. Die Antwort war eine Flut von Beschimpfungen aus Tirana, die jede Hoffnung auf eine Normalisierung der Beziehungen zunichte machte¹²⁾. Die Beziehungen zu Ungarn haben sich seit ihrem Tiefpunkt unmittelbar nach Chruschtschows Sturz, als Kadar seinen alten Freund und Beschützer offener als alle anderen verteidigte, erheblich gebessert. Aber die Ungarn haben deutlicher als jemals unter Chruschtschow zu verstehen gegeben, daß die Sowjetunion nicht mehr der Mittelpunkt ist, von dem alle Anregungen kommen müssen. Die Beziehungen zur Tschechoslowakei sind, wie bereits dargelegt, korrekt, aber kühler als zu Chruschtschows Zeiten.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Beziehungen zu Polen, Rumänien und Bulgarien, da alle drei Länder im Augenblick besonders wichtig sind.

¹⁰⁾ Die Zusammenkünfte des Oberbefehlshabers des Warschauer Paktes Marschall Gretscho mit dem rumänischen Premierminister Maurer (24. Mai) und mit Parteiführer Ceausescu (16. Juni) mögen auf Schwierigkeiten mit Rumänien innerhalb des Warschauer Paktes hindeuten. Ferner muß auf Art. 43 der neuen rumänischen Verfassung hingewiesen werden, der vorsieht, daß der Kriegszustand nur im Falle einer Aggression gegen Rumänien oder gegen Verbündete, mit denen Rumänien eine gegenseitige Beistandsverpflichtung vereinbart hat, erklärt werden könne, „wenn die Situation eintritt, auf der die Verpflichtung, den Kriegszustand zu erklären, beruht“. Diese Bedingung, die in der alten Verfassung nicht enthalten war, mag die Sorge Rumäniens widerspiegeln, in einen ihm unerwünschten Konflikt hineingezwungen zu werden. Aber Gretschos Gespräche sowie diese neue Bedingung sind kein genügender Beweis, um irgendwelche Schlüsse außer reinen Spekulationen zuzulassen.

¹¹⁾ Siehe den Aufsatz von Sanakojew in *Meshdunarodnaja Shisn*, Nr. 5, 1965.

¹²⁾ *Zeri i Popullit*, 2. Februar 1965.

Die besondere Beziehung, die zwischen Gomulka Polens und Chruschtschow bestand, scheint unter seinen Nachfolgern weiterhin zu bestehen. Weniger als zwei Wochen nach Chruschtschows Sturz trafen die neuen Führer mit Gomulka und Premierminister Cyankiewicz auf polnischem Gebiet zusammen. Unmittelbar nach der Konferenz der Warschauer Pakt-Staaten in Warschau im Januar 1965 kamen die vier Männer in der Nähe der Masurischen Seen zu Beratungen zusammen. Im April besuchte eine sowjetische Delegation unter Führung von Breschnew Warschau. Es lag den neuen Führern offensichtlich daran, die Furcht vor etwaigen grundsätzlichen Veränderungen zu zerstreuen, und sie waren offenbar bereit, Gomulkas Rat anzuhören. Die Aufmerksamkeit, die Gomulka zuteil wurde, verriet die ernste Sorge der Sowjets hinsichtlich der Haltung Polens zum Führungswechsel in Moskau. Diese Aufmerksamkeit beruhte nicht nur auf Achtung vor Gomulka und seinem Einfluß in Osteuropa, sondern bewies erneut, daß sich die Sowjets der Bedeutung Polens für ihre gesamte europäische Politik und Strategie bewußt sind. Ostdeutschland, die Tschechoslowakei und Polen bilden eine nördliche Staatengruppe in Osteuropa, die den größeren Teil der Industrie des gesamten Gebiets und weit über die Hälfte seiner Bevölkerung umfaßt; diese Gruppe ist für die Sowjetunion viel wichtiger als die südliche Staatengruppe. Diese besteht aus den Balkanländern, während Un-

garn das Bindeglied zwischen beiden Gruppen bildet. Die strategische Position Polens in der nördlichen Gruppe ist von größter Bedeutung, denn Polen stellt die militärische und wirtschaftliche Verbindung zwischen der Sowjetunion und Ostdeutschland dar. Der Abfall Polens oder eine gefährliche Bekundung der Unabhängigkeit, auch nur nach rumänischem oder gar jugoslawischen Muster, würde die sowjetische Position in Mitteleuropa schwächen und geradezu die Existenz des ostdeutschen Staates gefährden. Natürlich ist kaum anzunehmen, daß Gomulka zu viel Unabhängigkeitsdrang entfaltet oder gar abfällt. Polens geographische Lage ist eher ein Handicap als ein Vorteil. Die Sowjetunion ist noch immer der Garant der polnischen Westgrenze, und die Wirtschaft Polens ist so schwach, daß Gomulka stets bereit gewesen ist, ein gut Teil Unabhängigkeit für die Vorteile zu opfern, die nach seiner Meinung eine wirtschaftliche Integration bringen könnte. Aber er besitzt unter Verhältnissen, die im großen und ganzen wenig beneidenswert sind, einen gewissen Verhandlungsspielraum. Das weiß er und das wissen auch die Sowjets. Daher die besondere Stellung, die sie ihm eingeräumt haben. Was für Polen zutrifft, trifft auch in geringerem Maße für die Tschechoslowakei zu; deshalb ist Moskaus Reaktion auf den neuen Kurs, den Nowotny zu steuern scheint, von besonderem Interesse.

Rumänien: selbständiger Kurs

Die nördliche Staatengruppe hat im ganzen gesehen fest zur Sowjetunion gehalten. Die südliche, die zwar weniger wichtig, aber immer noch von großem Wert ist, hat verheerende Einbrüche erlitten. Erst fiel Jugoslawien, dann Albanien ganz ab, und in jüngster Zeit ist Rumänien zu einem zweifelhaften Element geworden. Wenn die neuen Führer je gehofft haben, daß der Sturz Chruschtschows die Kluft zwischen Moskau und Bukarest überbrücken würde, so muß diese Hoffnung bald zerstört worden sein. Chruschtschows Sturz unterstrich nur den Sieg Rumäniens. Wenn sie ferner gehofft haben sollten, daß der Tod Georgiu-Dejs ihrer Sache dienlich sein würde, so müssen sie auch darin enttäuscht worden sein. Der Nationalismus des neuen rumänischen Parteiführers Ceausescu ist, wenn möglich, noch militanter

als der Dejs. Seit Oktober 1964 haben die Sowjetführer Rumänien gegenüber eine Politik „sanfter Vernunft“ verfolgt, ja ihm geradezu die andere Backe hingehalten. Sie haben jeden Schritt vermieden, der die Beziehungen verschlechtern könnte. Die Anwesenheit Breschnews beim rumänischen Parteitag im Juli 1965 sowie die freundliche Rede, die er dort hielt, waren eindeutig als versöhnliche Geste gemeint. Die Rumänen haben sich ihrerseits sehr korrekt verhalten, aber keinerlei Anzeichen für einen Widerruf erkennen lassen. Ja, es gelang ihnen sogar auf dem Parteitag, eine marxistisch-leninistische Rechtfertigung für ihren selbständigen Kurs vorzulegen.

Die Verschlechterung der Beziehungen zu Rumänien ist wahrscheinlich ein Grund gewesen, warum die Sowjetunion sowohl unter der al-

ten wie unter der neuen Führung ein besseres Verhältnis zu Jugoslawien angestrebt hat. Die äußerst freundlichen Beziehungen zwischen Georgiu-Dej und Tito Ende 1963 und in der ersten Hälfte des Jahres 1964 blieben in Moskau nicht unbemerkt. Die Errichtung einer Achse Belgrad-Bukarest hätte die Isolierung Bulgariens bedeutet, des einzigen noch übriggebliebenen Verbündeten der Sowjetunion auf dem Balkan. Die sowjetischen Bemühun-

gen, das zu verhindern, haben anscheinend Erfolg gehabt. Während Titos Besuch in Leningrad im Juni 1964 hat Chruschtschow ihm vielleicht nahegelegt, daß eine allzu enge Verbindung mit Georgiu-Dej nicht ratsam sei. Obwohl die späteren rumänisch-jugoslawischen Beziehungen sehr gut blieben, haben sie sich nicht mehr so rasch weiterentwickelt wie bisher. Moskau ist für Belgrad im Augenblick wichtiger als Bukarest ¹³⁾.

Bulgarien: schwaches Regime

Durch die Verschlechterung der sowjetischen Position auf dem Balkan ist Bulgarien für Rußland jetzt wichtiger als je zuvor seit 1945. Bulgariens strategische Bedeutung als Außenposten, der an zwei unzuverlässige Verbündete des Westens — Griechenland und die Türkei — angrenzt, war allgemein anerkannt. Aber zur Zeit ist Bulgarien der einzige Staat in ganz Südosteuropa, auf den sich die Sowjetunion ganz verlassen kann. Bis jetzt ist das bulgarische Regime — im wesentlichen wegen seiner eigenen Schwäche — von unerschütterlicher Treue gewesen. Die Sowjets haben die Treue akzeptiert und die Schwäche

und Unfähigkeit bewußt übersehen. Aber im April 1965 wurde in Sofia eine Verschwörung aufgedeckt, deren Beweggründe in einer starken Unzufriedenheit mit der Unterwürfigkeit des Schiwkow-Regimes gegenüber Moskau lagen ¹⁴⁾. Die Verschwörung hatte nie eine Chance, zum Putsch zu werden; ihre Führer hatten keinen großen Einfluß. Moskau hielt es jedoch für angebracht, einen so maßgeblichen Mann wie Suslow hinzuschicken, um die Sache an Ort und Stelle zu untersuchen. Das war Moskaus Art, jedem zu sagen, Bulgarien sei ein Interessengebiet, das die Sowjetunion zu halten entschlossen sei.

Defensivpolitik der Sowjets

„Halten, was wir haben“, scheint überhaupt die Politik des Breschnew-Kossygin-Regimes für Osteuropa zu sein. Es ist eine negative, defensive Politik, die vielleicht nur für den Übergang gedacht ist. Aber es ist schwer vorstellbar, wie sie mit Erfolg durch eine positivere ersetzt werden kann. Die Sowjetunion wird auf Jahre hinaus der wichtigste Einzelfaktor in der osteuropäischen Politik bleiben, aber ihre Führungsrolle ist bereits stark angeschlagen. Die Wiederherstellung dieser Rolle scheint kaum mehr möglich zu sein. Nun muß abgewartet werden, ob Breschnew und

Kossygin oder etwaige künftige Führer das Wagnis auf sich nehmen und versuchen werden, die Führungsrolle wiederherzustellen, oder ob sie den Weg des geringsten Widerstandes wählen und aus einer jetzt schon sehr unbefriedigenden Situation das Beste machen.

¹³⁾ Die Einladung Bulgariens an Ceausescu und an Tito, im September nach Sofia zu kommen, wird die Isolierung Bulgariens unter seinen kommunistischen Nachbarn auf dem Balkan mildern.

¹⁴⁾ Siehe J. F. Brown, *The Bulgarian Plot*, in: *The World Today*, Juni 1965.

Die sowjetische Taktik in der Dritten Welt

Widersprüche in der Strategie und Taktik Moskaus

Fast alles, was bisher über die sowjetische Einstellung zur „Dritten Welt“ geschrieben worden ist, hat diese beinahe ausschließlich im Lichte des chinesisch-sowjetischen Konflikts betrachtet, als seien Rußlands Schwierigkeiten nur auf die militante Haltung Pekings zurückzuführen. Trotz der auf der Hand liegenden Gefahren, die Maos Politik heraufbeschworen hat, beruhen jedoch die Probleme, mit denen sich die Sowjetführer in den letzten drei bis vier Jahren hinsichtlich ihrer Beziehungen zu diesen Ländern herumschlagen mußten, im Grunde auf den Widersprüchen in der Strategie und Taktik Moskaus selbst.

Moskau sieht dies nicht als eine Sache von geringer Bedeutung an und kann es auch nicht so ansehen. Die UdSSR ist bestrebt, das vom thermo-nuklearen Zeitalter auferzwungene globale Patt zu überwinden und hält, wie wir zu zeigen versuchen wollen, die „Dritte Welt“ für einen entscheidenden Schauplatz und die „nationale Befreiungsbewegung“ für eine der entscheidenden Kräfte in diesem Bemühen. Ferner ist Moskau der Ansicht, daß die gegenwärtige Phase für einen größeren Durchbruch, für eine Änderung im Gleichgewicht der Kräfte günstig sei. Die *Prawda* vom 19. Dezember 1964 erklärte: „Die objektiven Verhältnisse (in Afrika, Asien und Lateinamerika) steuern jetzt rasch auf eine weitere Verschärfung der äußeren und inneren Widersprüche des Imperialismus, auf das Voranschreiten der linken revolutionären Kräfte zu.“ An dieser Einstellung hält Moskau grundsätzlich fest, auch wenn die jüngsten Ereignisse in Vietnam den sowjetischen Optimismus ein wenig gedämpft haben. Da sich nach Ansicht der Russen einmalige Gelegenheiten bieten könnten, die sie zu versäumen fürchten, ist es nach wie vor besonders wichtig und dringlich, zu versuchen, ein in sich geschlossenes und realistisches taktisches Kon-

zept zur Ausnutzung der gegenwärtigen Konstellation in der Dritten Welt zu entwickeln.

Die nähere Betrachtung der sowjetischen Bemühungen der letzten Jahre zeigt allerdings, daß für eine bewußte Wahl nicht viel Raum vorhanden gewesen ist; die wissenschaftliche und militärische Entwicklung hat die Methoden, deren sich eine Großmacht ohne Gefahr bedienen kann, drastisch eingeschränkt. Das bezieht sich nicht auf die Taktik allein. Auch der Entschluß selbst, die Dritte Welt zum besonderen Ziel der Sowjetpolitik zu machen, ist weitgehend von den Verhältnissen diktiert worden. Das wird sofort deutlich, wenn man sich die Entwicklung der sowjetischen Vorstellung von der friedlichen Koexistenz vor Augen führt.

In ihren frühesten Stadien hat die friedliche Koexistenz unter Malenkov und Chruschtschow vielleicht nicht viel mehr als die Einsicht bedeutet, daß eine direkte bewaffnete Auseinandersetzung zwischen West und Ost im thermo-nuklearen Zeitalter Konsequenzen haben würde, die für die UdSSR ebenso wie für die übrige Welt untragbar wären und deshalb vermieden werden müßten. Es zeigte sich jedoch rasch, daß dieser Gedanke schädlich sein könnte, wenn er die gesamte politische und paramilitärische Initiative der Sowjets hemmte oder lähmte. Ein solches Ergebnis wäre für die sowjetische Elite, die noch immer von der „revolutionären Dynamik“ sprach, natürlich unangenehm gewesen und hätte außerdem bedeutet, daß Rußland die Führung aller militanten Bewegungen außerhalb des Blocks Peking hätte überlassen müssen. Die Sowjetführer hielten es daher für unumgänglich, eine Strategie zu entwickeln, die eine unterschiedliche Handhabung der friedlichen Koexistenz erlaubte, damit wenigstens in einigen Teilen der Welt sowjetische Offensivaktionen weiterhin möglich blieben.

Status quo in der nördlichen Hemisphäre — Dynamik in der Dritten Welt

Welche Gebiete sich für eine dynamische und welche sich für eine statische Politik eigneten, lag auf der Hand. Dort, wo sich die Streitkräfte der atomaren Gegner nahe gegenüberstanden — wie in Europa und Teilen des Fernen Ostens —, ließ die Angst vor einer Massenvernichtung den Sowjets kaum eine Wahl. Dort war nur eine Politik des *status quo* möglich. (Das galt sogar, wie die Russen rasch entdeckten, für eine Enklave wie West-Berlin.) In Gebieten hingegen, in denen es keine unmittelbare Konfrontation gab, wie zum Beispiel in der Dritten Welt, schien es durchaus möglich, die sowjetische Offensive fortzusetzen. In Afro-Asien waren die Streitkräfte der großen Gegner durch gewaltige Entfernungen getrennt, und in den meisten Fällen war weder der Osten noch der Westen durch formelle Verträge verpflichtet, örtlichen Gruppierungen automatisch zu Hilfe zu eilen. Der wenig stabile internationale Status der Dritten Welt sowie ihre interne Struktur (schwache und wenig gefestigte Regime herrschen vor) machten sie für die Sowjets zu einem idealen Gebiet, um ohne allzu große Gefahr möglicherweise bedeutsame Fortschritte zu erzielen. In den Augen der Sowjets lief die friedliche Koexistenz schließlich in der nördlichen Hemisphäre auf Stillstand, in der südlichen auf eine dynamische, offensive Politik hinaus.

Aktionsplan für die Offensive

Um das zu vermeiden, entwarf die Sowjetunion zwei Leitgedanken für einen Vorstoß in die Dritte Welt: a) da eine westliche Gegenaktion am wahrscheinlichsten durch die tatsächliche Gegenwart der UdSSR in Afro-Asien hervorgerufen werden würde, war es unerlässlich, nicht direkt, sondern wo immer möglich mittelbar durch Helfer vorzugehen; b) bei einem solchen indirekten Vorgehen aber war es besonders wichtig, eine strenge sowjetische Kontrolle über jedes Stadium der sich entfaltenden Offensive zu üben, um unliebsame Zufälle zu verhindern oder eine Ausweitung rechtzeitig zum Stillstand zu bringen.

Was die Durchführung einer solchen Politik betrifft, so zeigen verschiedene eindeutige sowjetische Erklärungen (Leitartikel in den Zeit-

Dies zur Strategie; was die Taktik anging, so verstand es sich von selbst, daß die erfolgreiche Durchführung dieser Politik einen hohen Grad von Geschicklichkeit verlangte. Bei ihrer Offensive in Afro-Asien mußte die UdSSR so vorgehen, daß jede Herausforderung einer westlichen Intervention größeren Umfangs vermieden wurde. Schließlich war es Moskaus Ziel, dem Westen alle Stützpunkte zu nehmen — und nicht, die Westmächte durch eigene Aktionen erst recht zum Bleiben zu zwingen. Wenn die Sowjetführer diese Bedingungen nicht erfüllten oder wenn unvorsichtige sowjetische Schritte massive Gegenmaßnahmen des Westens hervorriefen, hätte man die Dritte Welt nicht mehr als ein eindeutig zur einen oder anderen Seite gehörendes Gebiet bezeichnen können. Ja, sie wäre dann keine Dritte Welt mehr gewesen. Die festgefrorenen Grenzen in Europa und im Nordpazifik würden sich dann in den südlichen Teil der Welt verlängern, und es gäbe keine Gebiete mehr, in denen die atomaren Gegner sich nicht von Angesicht zu Angesicht gegenüberstünden. Dann würde das atomare Patt die sowjetische Initiative überall lähmen und Peking würde die ungeschmälerte Führung der militanten Elemente zufallen. So würde die UdSSR durch mangelnde Zurückhaltung oder offene Provokation des Westens lediglich ihre eigenen Ziele durchkreuzen.

schriften *Kommunist*, Nr. 3, 1965, *International Affairs*, Nr. 12, 1964, *Prawda* vom 19. und 26. Dezember 1964), daß diese taktischen Vorstellungen zu einer Art Leitfaden für die Praxis zusammengefaßt worden sind. Offenbar davon ausgehend, daß der chinesisch-sowjetische Konflikt immer noch überwunden werden könne oder im Zuge einer kommunistischen Offensive zumindest nicht offen auszubrechen brauche, stellte Moskau eine Reihe von Thesen auf. Die Dritte Welt wurde zum Schauplatz einer Offensive bestimmt, die von einer geeinten Front der kommunistischen Länder (mit oder ohne China), der kommunistischen Parteien des Westens und der „nationalen Befreiungsbewegungen“ eingeleitet werden sollte. (Letztere wurden unterteilt in 1. aufrührerische

Kräfte in kolonialen oder unzufriedenen Gebieten und 2. militante oder expansionshungrige Regimes in den erst seit kurzem unabhängigen Ländern.) Jedem dieser Elemente wurden fest umrissene Aufgaben zugeteilt, wobei die UdSSR die nach außen hin aktive Rolle

Die UdSSR und ihre osteuropäischen Verbündeten sollten den Westen durch eine geeignete Mischung bewaffneter Abschreckung und engerer zweiseitiger Beziehungen in Schach halten und dabei gleichzeitig die radikalen Regimes der Dritten Welt politisch ermutigen und militärisch und wirtschaftlich unterstützen sowie den Auführern gegen prowestliche oder koloniale Regierungen indirekte Hilfe gewähren. Moskau wird vielleicht gehofft haben, daß eine allgemeine Entspannung der Beziehungen zwischen den Großmächten die Wahrscheinlichkeit einer massiven westlichen Reaktion auf die Entwicklung in der Dritten Welt mindern würde. Diese Richtlinien erhoben nicht den Anspruch, ein ausgearbeiteter Plan zu sein, sondern versuchten nur, die revolutionäre Dynamik mit den Forderungen der rauen Wirklichkeit zu vereinen. So wiesen die sowjetischen Veröffentlichungen deutlich auf die Gründe hin, warum die UdSSR sich an die streng begrenzte Aufgabe halten müsse, die Macht des Westens durch politische Mittel zu neutralisieren und die Austragung des eigentlichen Kampfes anderen zu überlassen. Ganz abgesehen von den verheerenden Folgen eines Zusammenstoßes zwischen Ost und West, dürfte man, so erklärte Moskau seinen Lesern warnend, die Vorherrschaft der gemäßigten Elemente im Westen nicht für selbstverständlich halten; andere Kräfte wüchsen heran und würden aus jeder unnötigen Krise Nutzen ziehen. Das liege nicht im Interesse der Sowjetunion. Nicht weniger wichtig ist das Eingeständnis Moskaus, daß die UdSSR und ihre Verbündeten eine lange Zeit der Ruhe brauchten, um sich der Lösung ernster wirtschaftlicher Probleme zuzuwenden und gefährliche politische Spannungen innerhalb des kommunistischen Lagers selbst zu lindern.

In den Teilen der Dritten Welt mit schwachen oder unbeliebten Regierungen sollten Rebellverbände, Partisanengruppen oder einzelne Agitatoren sowjetische Hilfe — möglichst in indirekter Form — erhalten. Da Konflikte die-

fast ausschließlich ihren verschiedenen Partnern überließ. Obwohl nicht alle Einzelheiten dieses Aktionsplans ausdrücklich aufgeführt wurden, ließ sich aus der Terminologie und aus den Hinweisen auf zeitgenössische Ereignisse vieles schließen.

Begrenzte Mittel

ser Art als intere Konflikte behandelt werden würden, könne die Gefahr einer ost-westlichen atomaren Konfrontation als unwahrscheinlich betrachtet werden — mit Ausnahme der Gebiete um China (d. h. Vietnam). Über Aufstände im allgemeinen hieß es in *Communist of the Armed Forces* im Januar 1964: „Es besteht Einigkeit darüber, daß sich die Frage, ob Atomraketen eingesetzt werden, nicht erheben wird.“ Mit anderen Worten, in diesen Fällen könne die UdSSR ihre Politik verhältnismäßig ungefährdet weiter verfolgen.

Gewisse diktatorische Regimes in früheren Kolonialländern, die radikale Maßnahmen im eigenen Lande mit einer militanten Politik im Ausland verbinden, sollten von Moskau kräftig unterstützt werden und dafür ihrerseits Waffen an aufrührerische Elemente in anderen Ländern weiterleiten. Da diese „revolutionären Demokraten“ die Macht allein in Händen hielten, könnte die gesamte Gesellschaft eines Staates durch sie beeinflußt werden. Durch eine geschickte und elastische Politik gegenüber solchen Regimes könnte daher die UdSSR unmerklich und ohne verheerende internationale Auswirkungen zur Vorherrschaft gelangen. Im Jahre 1964 haben die Russen sich tatsächlich einer Taktik dieser Art bedient und sind von der ideologischen Orthodoxie abgewichen, um verschiedene nichtkommunistische Regimes zu stützen, weil sie sich eindeutig auf den „nichtkapitalistischen“ oder gar den „sozialistischen Weg“ begeben hatten. Zu den auf diese Weise bevorzugten Ländern gehörten Algerien, Mali, die Vereinigte Arabische Republik, Birma, Ghana, der Kongo (Brazzaville) und Guinea. „In unserer Zeit“, rief ein kommunistischer Führer Algeriens begeistert aus, „werden in Afrika, Lateinamerika und Asien neue Kubas entstehen!“ Ob diese Schritte wirklich zu einem dauerhaften Erfolg führen würden, war natürlich eine andere Frage. (Jedenfalls konnten Punkte gegen Peking erzielt werden; man konnte sagen, friedliche Koexistenz ermögliche solche Erfolge.)

Direkter Zusammenstoß der Großmächte ist zu vermeiden

So sah also der recht komplizierte Rahmen für die sowjetische Weltpolitik aus, von der man in Moskau träumte. Das gesamte Konzept beruhte auf der Voraussetzung, daß ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen Ost und West in der Dritten Welt strikt vermieden wurde. Darüber hinaus versuchte die sowjetische Politik selbst dort, wo keine Gefahr einer solchen Konfrontation zu bestehen schien, jede offene Aktion militanter einheimischer Regimes zu verhindern, die die bewaffnete Intervention des Westens hervorrufen könnte. Der Grund für Moskaus Haltung war sehr einfach. Das sowjetische Interesse erforderte, daß die westliche Präsenz in Afro-Asien aufhöre und nicht noch verstärkt werde. Obwohl der Westen nicht durch offizielle Verträge verpflichtet war, den nichtgebundenen Ländern zu Hilfe zu kommen, bestanden in einigen Fällen moralische Verpflichtungen, die zu einer Intervention des Westens hätten führen können. Die UdSSR konnte das nur dann verhindern, wenn sie diskret im Hintergrund blieb, gleichzeitig aber das Vorgehen der militanten Elemente der Dritten Welt unter fester Kontrolle hielt. Verschleierte Aktionen solcher Elemente, um aufständischen Gruppen in benachbarten Gebieten zu helfen, das heißt also „interne“ Konflikte, konnte die Sowjetunion mit Gleichmut betrachten (wenn auch die Sowjets verständlicher-

weise beunruhigt waren über die möglichen Folgen von Guerillaaktionen in so empfindlichen Gebieten wie Vietnam oder im Karibischen Meer). Offene, großangelegte Invasionen über internationale Grenzen hingegen konnten weder als ungefährlich noch als wünschenswert gelten.

An diesen Maßstäben gemessen, litt der sowjetische Plan an ernststen Mängeln. Die beiden Grundelemente widersprachen sich: auf der einen Seite die Notwendigkeit, eine unmittelbare sowjetische Aktion zu vermeiden und durch andere zu handeln, auf der anderen die Notwendigkeit, die angewandte Taktik fest unter Kontrolle zu halten. In Wirklichkeit mußte man bei dieser Politik so überlegt und vorsichtig operieren, daß sie nur gelingen konnte, wenn die UdSSR jeden einzelnen Schritt selbst tat. Trotzdem sollte nach diesem Plan jede direkte Aktion in der Dritten Welt den „nationalen Befreiungsbewegungen“ anvertraut werden, von deren Einfällen Moskau damit abhängig wurde. Unberechenbare Elemente, denen fremde Interessen gleichgültig waren, verfolgten in Afro-Asien und Lateinamerika ihre eigenen Ziele und durchkreuzten häufig die Taktik der Sowjets. Indirekte Aktion und feste Kontrolle erwiesen sich für die Sowjetunion als miteinander unvermeidbar.

Sowjetische Militärhilfe

Obwohl diese Konzeption Moskaus erst seit kurzem in der sowjetischen Presse erörtert wird, bildet sie in Wirklichkeit schon seit einigen Jahren die Grundlage für sowjetisches Handeln, und der diesem Programm innewohnende erhebliche Widerspruch ist schon seit einiger Zeit bekannt. Die Sowjetführer haben verschiedenes unternommen, um diese Schwierigkeit zu überwinden — bisher allerdings ohne Erfolg. Das Problem mit all seinen Auswirkungen läßt sich vielleicht am besten klarlegen, wenn man eine bestimmte Form der sowjetischen Tätigkeit in der Dritten Welt — die Militärhilfe — sowie einige Fälle näher untersucht, in denen die UdSSR und die Empfänger sowjetischer Waffen über Fragen der Taktik uneins geworden sind.

Die militärischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und bestimmten Entwicklungsländern bieten ein besonders deutliches Bei-

spiel für die Kompliziertheit und die potentiellen Gefahren der Politik Moskaus. Ursprünglich hatte die UdSSR eben unabhängig gewordenen oder revolutionären Regimes Waffen auf Kredit geliefert, um sich Zugang zu verschaffen zu Gebieten wie dem Nahen Osten, Afrika und dem südostasiatischen Archipel, wo der Westen die militärische Vorherrschaft besaß. Da die Sowjetunion sich hier einem stärkeren Gegner nicht stellen konnte, hatte sie sich einer Umgehungstaktik bedient. Die durch die sowjetischen Waffen geköderten Regimes befanden sich oftmals im Konflikt mit ihren Nachbarn, wobei sie meist irgendwelche Gebietsansprüche gegen diese hatten. Der Westen, der seinen Schutzschild über diese Gebiete hielt, verfolgte eine Politik gleichmäßiger Freundschaft mit den örtlichen Machthabern, da er die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts

zwischen ihnen als die beste Gewähr für die Stabilität ansah. Ein Wettüben oder eine Verschiebung des militärischen Gleichgewichts, die einen der Herrscher dazu verlocken könnte, seinen Nachbarn zu überfallen, konnte dem Westen daher nicht recht sein. Die Sowjetunion hingegen, als Außenseiter ohne Ver-

antwortung für die Ruhe in diesen Gebieten, hielt es für vorteilhaft, sie mit Waffen zu überschütten und damit die Konflikte zu verschärfen. Das mußte dem Westen peinlich sein, da er in den seinem Schutz unterstellten Gebieten kaum in Konkurrenz mit der Sowjetunion Unruhe stiften konnte.

Dilemma der Sowjets

Diese sowjetischen Kalkulationen waren so lange richtig, wie die afro-asiatischen Waffenempfänger die russischen Waffen für politische Zwecke benutzten, zum Beispiel um Prestige zu gewinnen und von schwächeren Nachbarn Zugeständnisse zu erzwingen oder um militante aufrührerische Elemente in anderen Staaten auszurüsten. Sollte jedoch ein durch den Überfluß an Material in Versuchung geratener Empfänger sowjetischer Waffen einen großangelegten Überfall auf ein prowestliches Land inszenieren, so befände sich die UdSSR in einem Dilemma. Die Sowjetführer gingen natürlich davon aus, daß der Westen im Falle einer solchen offenen Aggression eingreifen würde, um dem Konflikt Einhalt zu gebieten. Da der Westen die Zugangswege zu Afro-Asien noch immer militärisch beherrschte, wäre die Sowjetunion gezwungen, entweder zu Atomwaffen zu greifen oder seinen Schützling fallen zu lassen mit dem damit verbundenen Verlust an Ansehen, Einfluß und Investitionen. Da weder die eine noch die andere Alternative angenehm war, lag es offensichtlich im nationalen Interesse der Sowjets, Maßnahmen zur Verhinderung eines größeren Krieges zu ergreifen. Auch mußte die UdSSR die für sie peinliche Möglichkeit eines Konflikts zwischen den Empfängern sowjetischer Waffen und anderen gleichfalls von der Sowjetunion unterstützten afro-asiatischen Ländern vermeiden. Das Problem lag darin, die von Gefühlen gelenkten, unberechenbaren Regimes von diesen gefährlichen Wegen abzuhalten.

Theoretisch konnte die Sowjetunion natürlich Bedingungen stellen, wenn sie militärische Hilfe gewährte, und mit der Einstellung der Lieferungen drohen, wenn die Bedingungen nicht eingehalten würden. Praktisch aber entdeckte Moskau, daß die Starken oft gehemmt sind, wenn sie die Schwachen unter Druck setzen wollen. Wer Hilfe gewährt, ist, da er seine materiellen und politischen Investitionen nicht gefährden will, beinahe ebenso angreifbar wie der Empfänger. Außerdem hatte sich die sowjetische Hilfe für die Afro-Asiaten als annehmbar erwiesen, gerade weil sie nicht mit politischen Bedingungen verbunden war. Wenn Moskau die politische Kontrolle über die Verwendung sowjetischer Waffen zu so später Stunde verlangte, könnten die Reaktionen heftig sein. (Kuba, an der vordersten Front des Ost-West-Konflikts, war ein Sonderfall, der besonders strenge Kontrollen verlangte, wie sehr sich auch Castro darüber beschweren mochte.) Natürlich wollte die Sowjetunion die so mühsam gepflegten Beziehungen zu den Empfängern militärischer Hilfe nur ungern gefährden. Es ist bemerkenswert, daß Moskau in dieser ganzen Zeit nur bei kommunistischen Empfängern — Jugoslawien, Albanien und China — wagte, die militärischen Lieferungen einzustellen. Wahrscheinlich glaubte die Sowjetunion, den kommunistischen Ländern blieben weniger Möglichkeiten offen als den nichtkommunistischen.

Internationalisierung des Problems

Schließlich entschlossen sich die sowjetischen Führer, die lästige Alternative der Duldung gefährlicher Tendenzen in der Dritten Welt und unangenehmen Auseinandersetzungen mit einzelnen Waffenempfängern zu umgehen. Die Sowjetunion erkannte, daß viele afrikanische und asiatische Länder die sowjeti-

schen Waffen von Anfang an nur angenommen hatten, um ihre territorialen Wünsche zu befriedigen, und daß sie auf Gelegenheiten, diese Waffen zu verwenden, nicht gerne verzichten würden. Moskau ersann daher eine Methode, um die Aktionen solcher Länder zu lähmen, ohne daß die UdSSR ihren ganzen

Zorn zu spüren bekam. Am 31. Dezember 1963 unternahm Chruschtschow einen Schritt, der das ganze Problem zu einer internationalen Frage machte. In langen Botschaften an über hundert überraschte Regierungen schlug er ein weltweites Abkommen vor, das die Anwendung von Gewalt zur Lösung territorialer Konflikte verurteilen sollte. Die Sowjetunion wollte sich auf diese Weise des Einflusses der Weltöffentlichkeit auf widerspenstige Waffenempfänger bedienen und hoffte so, eine Einbuße ihres politischen Kapitals in diesen Ländern zu vermeiden. Auch andere Überlegungen in bezug auf Europa und China spielten eine Rolle, aber die Botschaft selbst (sowie spätere Kommentare) befaßte sich vorwiegend mit den Entwicklungsländern und verurteilte regionale Kriege:

„Viele junge souveräne Staaten ... haben von den Kolonialregimes Grenzprobleme geerbt, die künstlich verwirrt worden sind. ... Die jüngsten Ereignisse in Nordafrika lassen keinen Zweifel, daß die Stärkung und Entwicklung der unabhängigen afrikanischen Staaten großen Schaden erleidet, wenn einer von ihnen bewaffnete Streitkräfte gegen einen anderen einsetzt in dem Versuch, seine territorialen Ansprüche zu befriedigen. ... Das könnte stärkeren Staaten zugute kommen. Ist es nicht gefährlich für die Völker Asiens, Gewalt anzu-

wenden, um Staatsgrenzen in ihrem Teil der Welt zu berichtigen?“

Chruschtschow gab ganz offen seine Sorge über die Möglichkeit einer atomaren Auseinandersetzung zwischen der UdSSR und dem Westen zu erkennen, die ein bewaffneter Angriff eines mit sowjetischen Waffen ausgestatteten Staates auf ein prowestliches Land zur Folge haben könnte:

„Es besteht eine enge Verflechtung zwischen den Staaten — wirtschaftlich, politisch und strategisch. ... Ein Zusammenstoß, der ... zunächst rein lokaler Natur zu sein scheint, könnte rasch größere Ausmaße annehmen. ... Das würde Verbündete hineinziehen und bei anderen Staaten, die dem Konfliktgebiet benachbart oder aber Tausende von Kilometern entfernt sind, Befürchtungen, ob echte oder eingebildete, wachrufen ... Kriege, in denen zunächst konventionelle Waffen verwendet werden, können sich heute leicht in einen Weltkrieg verwandeln.“

Von dieser allgemeinen Verdammung der Anwendung von Gewalt nahm Chruschtschow jedoch „nationale Befreiungskämpfe“ ausdrücklich aus, das heißt Fälle von Aufruhr oder Infiltration in kolonialen oder prowestlichen Gebieten. Von der Umgebung Chinas abgesehen (Vietnam), hielt die Sowjetunion die Gefahr der Ausweitung solcher „innerer“ Konflikte für verhältnismäßig gering.

Entwicklungsländer durchkreuzen Chruschtschows Plan

Chruschtschows Versuch, den territorialen Wünschen der Dritten Welt in internationalem Rahmen und nicht durch die Sowjets allein Zügel anzulegen, schlug fehl. Seine afroasiatischen Partner griffen auf die einfache Lösung zurück, ihre jeweiligen Ansprüche in die Kategorie der zulässigen „nationalen Befreiungskämpfe“ einzuordnen, während sie gleichzeitig ein Lippenbekenntnis zur Ablehnung „regionaler Kriege“ ablegten. Mit anderen Worten, sie verdrehten seine Botschaft so lange, bis sie so tun konnten, als habe die Sowjetunion sich ihren Absichten nicht widersetzt, sondern sie unterstützt. In besonders krassen Fällen veröffentlichte die sowjetische Presse gekürzte Versionen der Antworten auf Chruschtschows Note. In einem amtlichen Kommentar in *International Affairs* (Nr. 4, 1964) gab Professor Molodzew zu: „Einige offizielle Antworten und inoffizielle Kommentare

auf Ministerpräsident Chruschtschows Botschaft zeigen, daß Versuche gemacht werden, die Durchführung des sowjetischen Vorschlags zu verhindern.“ Er stellte es keineswegs so dar, als habe nur der Westen auf diese Weise reagiert.

Chruschtschow, Suslow und Mikojan erinnerten die Waffenempfänger öffentlich an die ihnen zuteil gewordenen Wohltaten und wiesen darauf hin, daß Moskau eine gewisse Gegenleistung erwarte. Am 22. Dezember 1963 erklärte Chruschtschow:

„Die UdSSR hat große Mengen von Waffen an die algerischen Patrioten kostenlos verteilt. Auch Indonesien, dem Jemen und anderen Ländern haben wir in ihrem bewaffneten Kampf sehr viel geholfen. Wir haben unsere gesamte Macht eingesetzt, um das ägyptische Volk zu unterstützen, als es sich genötigt sah,

den imperialistischen Aggressoren bewaffneten Widerstand zu leisten.“

Am 14. Februar 1964 wiederholte Suslow in einer zwei Monate später veröffentlichten antichinesischen Rede vor dem Zentralkomitee der KPdSU Chruschtschows Bemerkungen, in denen er Panama, Zypern, Vietnam, Sansibar und Ostafrika als weitere Beispiele für sowjetische

Offenbar betrachtete die UdSSR die Verhinderung regionaler Kriege in einer Art von Tauschgeschäft als Gegenleistung für die sowjetische Hilfe. Die angeführten Beispiele sowjetischer Unterstützung sollten eindeutig großangelegte Invasionen ausschließen. In allen hier erwähnten Fällen waren die Waffen nur zu politischen Demonstrationen, für Guerrillakriege, für Infiltration oder „interne“ Konflikte, niemals aber für einen „richtigen“ Krieg zwischen zwei Nationen eingesetzt worden. Was die Sowjetunion selbst betrifft, so zeichnete sich ihre Haltung im Suezkanal und in Zypern auf dem Höhepunkt der Krise durch äußerste Vorsicht, durch Säbelrasseln beim Nachlassen der Gefahr und durch heroische Posen nach der Krise aus. Ihr Verhalten in Algerien war auffallend zwiespältig und ihre Unterstützung in anderen Fällen vorwiegend verbal. (Zugegeben, die von den Sowjetführern angeführten Beispiele sollten Pekings Behauptung widerlegen, daß die Anwendung von Gewalt in der Dritten Welt unerlässlich sei.)

Über Indonesien sagte Mikojan am 16. Mai 1964, Rußland habe, „wenn nötig, militärische Fachleute und Waffen geschickt, damit Indonesien das von den Kolonisatoren eroberte Gebiet in den Schoß des Mutterlandes zurückholen könne, wenn sich das als notwendig erweisen sollte. Dann drohte Indonesien so sehr mit der Faust, daß sich die Kolonisatoren still zurückzogen und West-Irian ohne Blutvergießen an Indonesien übergang.“

Am 20. Juni 1964 wies Mikojan die Indonesier in Bandung darauf hin, daß sie West-Irian an-

Moskaus Schwierigkeiten bei dem Versuch, die Taktik nichtgebundener Länder zu beeinflussen, traten besonders deutlich hervor, als Chruschtschow im Mai 1964 seine Reise nach Ägypten unternahm — den einzigen größeren

Unterstützung genannt hatte. Moskau, so sagte er, helfe „der nationalen Befreiungsbewegung wirtschaftlich, politisch und, wenn nötig, militärisch“, unterstütze damit „gerechte Kriege, die das Volk gegen seine Unterdrücker führe“ und verhindere sowohl „den Ausbruch regionaler Kriege“ (für die er die „Imperialisten“ verantwortlich machte) als auch den „Export der Konterrevolution.“

Sowjetische Mahnungen

geblich mit sowjetischer Hilfe, „ohne einen einzigen Schuß abzugeben“, bekommen hätten. Im gleichen Atemzug erwähnte er Nordborneo, womit er anscheinend andeuten wollte, daß man dort die gleichen Methoden anwenden solle. In diesem Zusammenhang ist Professor Molodzows Bemerkung in seiner offiziellen Auslegung der Chruschtschow-Botschaft aufschlußreich: „Zur friedlichen Beilegung der West-Irian-Frage haben letztlich die Vereinten Nationen beigetragen . . ., die West-Irian als indonesisches Gebiet anerkannten.“

Im gleichen Aufsatz lobte Molodow die Organisation für Afrikanische Einheit, weil sie im vergangenen Oktober zur „Feuereinstellung an der algerisch-marokkanischen Front und im Februar an der Grenze zwischen Somaliland und Äthiopien“ beigetragen habe. In diesen beiden peinlichen Fällen waren die Empfänger sowjetischer Waffen gewaltsam gegen Länder vorgegangen, um die die Sowjetunion selbst gerade warb. Chruschtschow hatte den algerisch-marokkanischen Konflikt als einen besonders bedauerlichen Fall erwähnt. Kurz danach, am 10. Februar 1964, unternahm er den ungewöhnlichen Schritt, die persönliche Bitte um Feuereinstellung an die äthiopischen und somalischen Führer zu richten. Zur gleichen Zeit erklärte Moskaus Afrika-Experte, der kürzlich verstorbene Professor Potechin, „eine allgemeine Revision der [afrikanischen] Grenzen ist undenkbar“ — und das, nachdem jahrelang betont worden war, die künstlichen kolonialen Grenzen müßten hinweggefegt werden!

Beispiel VAR

Besuch, den er nach seiner Botschaft über territoriale Konflikte bei einem Waffenempfänger machte. In ihrer Antwort an Chruschtschow im Februar 1964 klammerten Präsident Nasser und der syrische Premiermini-

ster Hafez den arabisch-israelischen Streit aus der Gruppe der Konflikte aus, die auf friedlichem Wege gelöst werden müßten. Damals reagierte die UdSSR nicht offiziell auf diese Auslegung. Drei Monate später aber hielt Chruschtschow fast unmittelbar nach seiner Ankunft in Kairo eine vorbereitete Rede vor der Nationalversammlung der Vereinten Arabischen Republik, die eine versteckte Warnung enthielt:

„Wie kommt es, daß die Sowjetunion sich einerseits für die Lösung internationaler Probleme durch Verhandlungen einsetzt und andererseits sich nicht weigert, einigen Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika Waffen zu liefern? ... Es ist richtig, daß wir Waffen geben an diejenigen, die unsere Hilfe im gerechten Kampf um die nationale Unabhängigkeit erbitten. Aber ... wir geben Waffen zur Verteidigung der Freiheit und nicht für einen Angriff auf andere Länder.“ Im Laufe seines Besuchs fand es Chruschtschow immer wichtiger, seine Popularität zu stärken und wich häufig von seinem Text ab, um den Beifall der Zuhörer hervorzurufen. Infolgedessen mußten einige seiner Bemerkungen später von Moskau richtiggestellt werden, wodurch dem kritischen Betrachter eine seltene Gelegenheit geboten wurde, in die sowjetische Denkweise einzudringen. So ließ Chruschtschow zum Beispiel bei einem von Marschall Amer veranstalteten Essen am 18. Mai erkennen, daß sein Gastgeber um zusätzliche sowjetische Waffen gebeten hatte. Dazu erklärte er aus dem Stegreif: „Mit den Waffen wird es keine Schwierigkeiten geben, wenn sie benötigt werden. Es ist besser, gute Waffen zu haben, damit unsere Feinde davon wissen und uns nicht zwingen, sie zu gebrauchen.“

Am nächsten Tage änderte Radio Moskau den Wortlaut der Rede durch die Hinzufügung einiger bedeutsamer, einschränkender Worte, die Chruschtschow nicht gebraucht hatte: „Mit den Waffen wird es keine Verzögerung geben, falls es notwendig werden sollte, Aggressoren zurückzuschlagen.“

Einmischung Chinas

Die Chinesen waren rasch bei der Hand, die Reibereien zwischen der UdSSR und den afroasiatischen Ländern auszuschlachten. Auf der sechsten Sitzung des afroasiatischen Solidaritätsrats (Algier, 22.—27. März 1964) forderte

In seiner Rede vom 19. Mai in Port Said erklärte Chruschtschow: „Die Vereinigte Arabische Republik ist auch für ... die Vorschläge zur friedlichen Lösung regionaler Probleme.“ Ein paar Sätze weiter fügte er hinzu: „Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß eine logische und gerechte Lösung für die Palästina-Frage gefunden werden sollte. Die Sowjetunion unterstützt uneingeschränkt die Position der arabischen Völker.“

Zwar unterstützte er damit eine Lösung, die nach arabischen Maßstäben *gerecht* sein müsse, gab aber nicht eindeutig zu erkennen, ob diese Frage zur Kategorie vor Problemen gehörte, für die eine friedliche Lösung gefunden werden müsse. Seine Zuhörer, die begeistert Beifall spendeten, hatten offenbar *nicht* den Eindruck, daß er die Methoden, durch die dieses Gebiet gewonnen werden könnte, in irgendeiner Form einschränken wollte. Am 15. Juni 1964 wurde jedoch die Rede in einer arabischen Sendung aus Moskau revidiert wiedergegeben:

„Premierminister Chruschtschow sagte ... in Port Said ..., eine vernünftige Lösung mit friedlichen Mitteln müsse für diese Konflikte *einschließlich derjenigen zwischen Israel und den benachbarten Ländern* gefunden werden.“

Die VAR reagierte mit einer amtlichen Erklärung (*Al Ahram* 25. September 1964), die dem Korrespondenten der *New York Times* zufolge einer Kritik an der sowjetischen Verurteilung regionaler Kriege gleichkam: Manche Mächte (das heißt der Westen) „besitzen Flotten auf dem Meer in unserer Nähe und Stützpunkte, die eine unmittelbare Auswirkung auf die Kämpfe haben und in kritischen Augenblicken den Ausschlag geben können“, während eine andere Macht (das heißt die Sowjetunion) „das Zeitalter, in dem wir leben“ widerspiegelt, das „unter dem Druck des atomaren Schreckens steht und viele den Frieden herbeiwünschen läßt, auch wenn er nicht auf Gerechtigkeit beruht.“

die UdSSR die Delegierten auf, Chruschtschows Botschaft über territoriale Konflikte gutzuheißen. Von Indonesien unterstützt, widersetzte sich die chinesische Delegierte, Mme. Kuo Chien, diesem Vorschlag

auf das schärfste und verlangte, daß die Konflikte im Pazifik, im arabisch-israelischen Gebiet und anderswo als „gerechte“ Kämpfe anerkannt würden, in denen die Anwendung von Gewalt zulässig sei. Die Konferenz billigte den sowjetischen Vorschlag nicht. Der Versuch der Sowjetunion, die Kontrolle über militante Kreise der afro-asiatischen Welt zu behalten und gleichzeitig die Gefahr einer Konfrontation mit dem Westen zu vermeiden, war fehlgeschlagen; die Chinesen brachten ihre Freude darüber offen zum Ausdruck.

Im September 1964 ersuchte die UdSSR die Generalversammlung der Vereinten Nationen, Chruschtschows Botschaft auf die Tagesordnung zu setzen. Allmählich hörte die sowjetische Presse jedoch auf, der Note so viel Aufmerksamkeit zu widmen — zum Teil vielleicht

wegen der engen Verbindung mit dem Namen des abgesetzten Ersten Sekretärs, zum Teil wegen der andauernden Reibereien in der Dritten Welt. Nach Chruschtschows fehlgeschlagenem Schritt stand die Sowjetunion wieder einmal vor dem grundsätzlichen Dilemma der friedlichen Koexistenz. Der Erfolg der sowjetischen Offensive in der Dritten Welt setzte voraus, daß Situationen, die eine westliche Gegenaktion hervorrufen könnten, vermieden würden. Das wiederum setzte voraus, daß die Sowjetunion nur durch dritte Parteien handelte und daß sie gleichzeitig eine feste Kontrolle über die angewandte Taktik ausübte. Das für die Durchführung dieser Politik auserwählte Instrument — die „nationale Befreiungsbewegung“ — bestand jedoch darauf, eigene Methoden anzuwenden und lehnte alle sowjetischen Versuche ab, diese Kontrolle auszuüben.

Schwenkung in der sowjetischen Militärtheorie

Daß es nicht gelungen war, diese Schwierigkeit zu überwinden, hätte vielleicht zu einem völligen Stillstand geführt, wenn sich den sowjetischen Militärs nicht schon früher eine andere Möglichkeit geboten hätte. Da es sich — so hatten einige offenbar erörtert — als so schwierig erweise, eine Provozierung des Westens durch die „nationale Befreiungsbewegung“ zu vermeiden, solle man versuchen, des Westen davon abzuhalten, auf solche Situationen überhaupt zu reagieren, das heißt, seine konventionelle militärische Vorherrschaft auszunutzen, um lokale Konflikte zu unterbinden. Dann könne die UdSSR ihre Offensive in der Dritten Welt weitertreiben, ohne sich Sorgen über die möglichen Folgen der afro-asiatischen Kriegslust machen zu müssen. Hier bedeutete „der Westen“ in erster Linie die 6. und 7. Flotte der Vereinigten Staaten, deren Bewegungen im Mittelmeer, im Pazifik und im Indischen Ozean die sowjetische Presse, insbesondere die Armeezeitschrift *Roter Stern*, in den Jahren 1963/64 ständig beschäftigte.

Inzwischen begannen die sowjetischen Militärs sich immer mehr für die Dritte Welt und das Problem lokaler Konflikte zu interessieren. Bisher hatten sie behauptet, regionale Kriege müßten unweigerlich zu einem allgemeinen Vernichtungskrieg führen, wenn sich

die Atomkräfte in irgendeiner Form daran beteiligten. Die natürliche Folge dieser These war, daß die Atomkraft Rußland eine Verwicklung in Konflikte dieser Art fürchten und sich deshalb aus ihnen heraushalten müsse. Nun kamen die sowjetischen Militärs zu der Überzeugung, daß gerade diese Haltung dem Westen freie Bahn verschaffe. Wäre es hingegen möglich, den Eindruck zu erwecken, daß die UdSSR bereit sei, Risiken einzugehen, so könnte das den Westen davon abhalten, in örtliche Aggressionskriege einzugreifen. Der Westen könne — so meinte man in Moskau — zu der Überzeugung gebracht werden, daß jede westliche Aktion zu einer sowjetischen Gegenaktion führen würde. So wurden Ende 1963 die strategischen Vorstellungen der Sowjetunion revidiert und nun dem Westen deutlich gemacht, daß die Rote Armee eine Ausweitung regionaler Kriege nicht mehr für *unvermeidlich*, sondern nur für *möglich* halte. Dieser Wandel — so hoffte die Sowjetunion offenbar — werde zeigen, daß Rußland die Folgen einer Beteiligung an regionalen Kriegen nicht mehr fürchte und daß der Westen deshalb die sowjetische Nichtintervention nicht mehr für selbstverständlich halten dürfe. Außerdem enthielt das amtliche sowjetische Lehrbuch für Militärstrategie die drohende Warnung, daß „ein regionaler

Aggressionskrieg gegen ein nichtsozialistisches Land, der die grundlegenden Interessen der sozialistischen Staaten in Mitleidenschaft zieht", eine energische sowjetische Gegen-

Der Westen ist militärisch im Vorteil

Diese versteckten Warnungen an den Westen wurden von Zeit zu Zeit bekräftigt. Ende 1964 brachte die sowjetische Wochenzeitschrift *New Times* (Nr. 48, 1964) einen Aufsatz von Oberst Glasow über „Das neue Konzept regionaler Kriege“. Darin befaßte sich der Autor ausführlich mit Europa und Südostasien, erwähnte aber auch die Dritte Welt: „Militärische und politische Führer des Westens, die regionale Kriege unterstützen, spielen mit dem Feuer ... Die Anwendung taktischer Atomwaffen auf ‚unterentwickelten‘ Kriegsschauplätzen werde, so glauben sie, keine große internationale Reaktion hervorrufen und man könne sie sich deshalb ohne ernste Folgen erlauben. ... Wir wissen zum Beispiel, daß die 6. Flotte der Vereinigten Staaten, als sie 1958 den Auftrag erhielt, sich in die inneren Angelegenheiten des Libanons einzumischen, Honest John-Raketen an Bord hatte, die mit Atomsprengköpfen ausgerüstet werden können. Die amerikanische Armee sowie die Armeen anderer NATO-Staaten haben umfangreiche Untersuchungen über die Anwendung von Atomwaffen in Asien und im Mittleren Osten angestellt.“ Das klang wie eine Warnung, daß die UdSSR nicht nur auf die Anwendung taktischer Atomwaffen in regionalen Kriegen, sondern sogar auf den Einsatz westlicher Einheiten reagieren würde, die nur die *Möglichkeit* besitzen, Atomwaffen anzuwenden. Vielleicht wollte die Sowjetunion lediglich den Eindruck vermitteln, daß

Das Problem ist ungelöst

Im ganzen gesehen können also die Sowjetführer sich kaum Illusionen hingeben über den Erfolg ihrer verschiedenen Versuche, die Widersprüche ihrer Politik in der Dritten Welt zu lösen. Moskau hat keinen Weg gefunden, kriegslüsterne Elemente in den Entwicklungsgebieten von Aktionen abzuhalten, die den Westen provozieren könnten, oder den Westen davon abzuhalten, auf solche Situationen zu reagieren. Im Gegenteil, die Lage in Vietnam hat ihre Entschlossenheit bestätigt, die

aktion hervorrufen werde. Im gleichen Buch werden die sowjetischen Vorbereitungen für eine Beteiligung an überseeischen Kriegen dieser Art erwähnt.

keine irgendwie geartete Aktion des Westens vor einer sowjetischen Gegenaktion sicher sei.

Man mag zweifeln, ob die Sowjetführer selbst solche Warnungen für überzeugend hielten. Schließlich hatte sich die sowjetische Terminologie zwar geändert, das Gleichgewicht der Kräfte in den Entwicklungsländern aber nicht. Der Westen besaß noch immer die militärische Vorherrschaft über die Zugänge zur Dritten Welt, und die Politiker in Moskau mögen an der abschreckenden Wirkung der sowjetischen Erklärungen mit Recht gezweifelt haben.

Es ist zwar richtig, daß die Sowjetunion im Jahre 1965 angefangen hat, einige der für militärische Aktionen in Übersee nötigen Voraussetzungen zu schaffen; so wurde zum Beispiel die Marineinfanterie reaktiviert. Da aber wesentliche Bestandteile einer schlagkräftigen See-Luft-Macht, vor allem Flugzeugträger, immer noch fehlen, war nicht anzunehmen, daß die Sowjetunion in naher Zukunft wirklich in der Lage sein würde, mit begrenzten und konventionellen Mitteln in afro-asiatische Ereignisse einzugreifen. Die 6. und 7. Flotte der Vereinigten Staaten spielte in diesem Gebiet noch immer eine entscheidende Rolle und die sowjetischen Drohungen mit einer Gegenaktion schienen nicht allzu fundiert zu sein (natürlich immer unter der Voraussetzung, daß ein atomarer Zusammenstoß außer Frage steht).

unter ihrem Schutz stehenden Gebiete trotz Drohungen aus Moskau und Peking zu verteidigen. Das sowjetische Dilemma ist nach wie vor ungelöst, und in Moskau wächst die Sorge über die afro-asiatische Entwicklung. Andererseits stellt die unstabile Lage für die Sowjetführer eine ständige Versuchung dar. Sie glauben offenbar, man erwarte unter den momentanen Bedingungen von ihnen, daß sie auf irgendeine Art und Weise greifbare Erfolge erzielen. Die ständige Verhöhnung durch

Peking und die unaufhörliche Konkurrenz mit den Chinesen bei allen afro-asiatischen Treffen machen es den Russen besonders schwer, sich von diesem Gefühl zu befreien. Das Ergebnis ist, daß man in Moskau aus den offensichtlichen Schwierigkeiten und Gefahren, in die sich die Sowjetunion allmählich verwickelt hat, keine logischen Konsequenzen gezogen hat.

Im Atomzeitalter kann also die Sowjetpolitik in der Dritten Welt kaum für „idiotensicher“ gehalten werden. Die Dynamik der nationalen

Befreiungsbewegungen hat zwar Moskau zum Zögern veranlaßt, aber niemand scheint vorgeschlagen zu haben, daß die UdSSR sich heraushalten sollte. Alle Bedenken werden — wahrscheinlich wegen der Notwendigkeit, mit Peking Schritt zu halten — erstickt durch einen Schwall kriegerischer Worte, und in letzter Zeit haben sich die Sowjets in den Entwicklungsländern mehr als zuvor engagiert. Unter diesen Umständen werden die hier erörterten Probleme wahrscheinlich noch größere Bedeutung gewinnen.